



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

| | |
|----------------|---|
| Thema | Grünliberale fordern mehr Sachlichkeit in der Europafrage |
| Für Rückfragen | Tiana Moser, Tel.: +41 76 388 66 81 |
| Absender | Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch |
| Datum | 9. Juni 2011 |

Grünliberale fordern mehr Sachlichkeit in der Europafrage

Die Grünliberalen ziehen eine positive Bilanz der Beziehungen zur EU. Grundsätzlich ist die Schweiz politisch, wirtschaftlich und kulturell eng mit Europa verbunden. Die enge Zusammenarbeit mit der EU ist Teil der Schweizer Wohlstandes. Die geschürte Misstrauens- und Ablehnungshaltung der EU gegenüber teilen die Grünliberalen nicht. Die glp schätzt die Bemühungen der EU um Integration und Stabilität auf dem europäischen Kontinent. Die damit verbundenen Herausforderungen gilt es zu lösen.

Die Grünliberalen sind erfreut, dass heute der Nationalrat den bilateralen Weg des Bundes bestätigt hat. Jeder dritte Franken wird in den Handelsbeziehungen mit der EU verdient. Die Personenfreizügigkeit ist eminent wichtig für den Schweizer Arbeitsmarkt. Die Schweizer Wirtschaft funktioniert unter anderem deshalb so gut, weil Firmen gezielt die benötigten Fachkräfte rekrutieren können. Die Grünliberalen lehnen auch deshalb alle Bestrebungen die Personenfreizügigkeit und damit die bilateralen Verträge aufs Spiel zu setzen entschieden ab. Ebenso geben die Grünliberalen zu bedenken, dass die Personenfreizügigkeit einen Mehrwert für Tausend von Schweizer/-innen darstellt, die als Arbeitskräfte im EU-Raum wertvolle Erfahrungen sammeln.

Die Grünliberale Partei anerkennt aber, dass der bilaterale Weg die Schweiz auch mit Herausforderungen konfrontiert. Beispielsweise führt auch die Zuwanderung aus dem EU-Raum im urbanen Raum zu einem verstärkten Druck auf den Wohnungsbereich. Auf dem Arbeitsmarkt sind Verdrängungs- und Umgehungseffekte (z.B. in der Gastronomie aber auch Lohndumping und Scheinselbständigkeit) festzustellen. All diesen Effekten gilt es zu begegnen.

Die Grünliberalen wollen keine automatische Übernahme von EU-Recht, auch wenn in Realität bereits heute fast 60% der schweizerischen Rechts auf europäischem Recht beruht. Ziel muss es sein, die Schweizer Souveränitätsbilanz zu verbessern.

Die Grünliberalen stützen den Bundesrat auch in seinen Bestrebungen für neue Abkommen zum Beispiel im Energie- oder Chemikalienbereich. Ein abrupter Abbruch der Verhandlungen mit der EU im Agrarbereich wie es der Nationalrat mit der Überweisung einer Motion beschlossen hat, lehnen wir ab. Die Verhandlungen sollen zu Ende geführt werden und anschliessend das Resultat beurteilt werden. Die Grünliberalen sind auch für die Beibehaltung des „Cassis de Dijon“-Prinzips, auch wenn sie sich Verbesserungen im Lebensmittelbereich wünschen.

Die Zusammenarbeit mit der EU ist nicht einfacher geworden. Diese Realität gilt es zu akzeptieren. Die glp setzt sich für eine möglichst eigenständige Schweiz ein. Die Grünliberalen wünschen sich prinzipiell mehr Sachlichkeit, Offenheit und Realitätssinn in der Europafrage.